

Volatile Grenze. Diskurse und Praktiken der Integration und Desintegration am Beispiel der deutsch-polnischen Grenze

Kristine Beurskens, Judith Miggelbrink, Nona Renner
Anschrift Korrespondierende Autorin: TU Dresden, Helmholtzstr. 10, 01062 Dresden
Email Korrespondierende/r Autorin: judith.miggelbrink@tu-dresden.de

Vorbemerkung

Zahlreiche Regierungen innerhalb des Schengenraums haben als eine der ersten Maßnahmen gegen die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und sogar die Schließung ihrer Staatsgrenzen beschlossen. Dies schien im Interesse der Kontrolle und Mitigation des Infektionsgeschehens als probate räumliche Strategie des Schutzes der nationalen Bevölkerung. Mitten im laufenden DFG-Projekt „(Un-)Sicherheit an der Binnengrenze. Sicherheitsbezogene Praktiken staatlicher und nicht-staatlicher Akteure an der deutsch-polnischen Grenze“ (DFG 2018-2021) führt die Feststellung eines pandemischen Ereignisses durch die WHO sowie der auf Ebene der Bundesländer beschlossene „Lockdown“ dazu, dass wir die im Rahmen der empirischen Untersuchungen vorgesehenen *walking interviews* an der Grenze Deutschlands zu Polen nicht wie geplant durchführen konnten. Mit Hilfe dieser Interviews möchten wir – so der Plan – verstehen, wie Menschen, die sich in sogenannte Bürgerstreifen und Sicherheitspartnerschaften engagieren, die Grenze wahrnehmen, welche Emotionen und Affekte im Kontext der Grenzsicherung mobilisiert werden und in welchem Verhältnis (dieses) private(s) Sicherheitsengagement zum staatlichen Gewaltmonopol und zu staatlicher Grenzsicherung steht (Beurskens/Miggelbrink 2020). Die COVID-19-Pandemie beeinflusst aber nicht nur die empirischen Forschungsmöglichkeiten, sie ist zugleich ein soziales Ereignis, das auf unseren Forschungsgegenstand zurückwirkt: Unmittelbar und alltagspraktisch spürbar im Lockdown selbst, der die zahlreichen, mehr oder minder stabilen Beziehungen über die deutsch-polnische Grenze hinweg unterbricht oder verzögert, zumindest soweit sie mit einer Bewegung von Menschen und Waren verbunden sind. Diskursiv zudem im Hinblick darauf, dass die Pandemie und der darauf reagierende Lockdown die Frage nach Notwendigkeit, Bedingungen und Legitimität von Grenzsicherungen nochmal auf völlig neue Weise aufwerfen und die Vulnerabilität von auf offenen Grenzen beruhenden transnationalen Beziehungen in den Vordergrund rücken.

Grenze im Kontext von Sicherheit und Unsicherheit

Die absolute Kontrolle über den Zugang zum Territorium war (und ist) auch eine Demonstration staatlicher Handlungsfähigkeit und einer (neuen) Risikopolitik. In unserem seit Ende 2018 laufenden Projekt zu „(Un-)Sicherheiten an der Schengen-Binnengrenze“ untersuchen wir am Beispiel der deutsch-polnischen Grenze mit Text-/Dokumenten- und Interview-zentrierten Methoden umstrittene Erwartungen an die Sicherung von Binnengrenzen und das ebenso umstrittene Verhältnis staatlicher und nicht-staatlicher Sicherheitspraktiken. Im Kern interessiert uns, wie Praktiken der Grenzkontrolle zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren ausgehandelt werden.

Parallel zu etablierten Narrativen und Programmatiken der Kooperation und Integration in europäischen Grenzgebieten wird – das ist der Ausgangspunkt unseres Forschungsinteresses – die polnisch-deutsche Grenze als Ort der Kriminalität wahrgenommen und repräsentiert. „Grenzkriminalität“ ist der Topos, indem dieses Phänomen in der Öffentlichkeit verhandelt wird (Hornung 2012), auch wenn er nicht Bestandteil der Polizeilichen Kriminalstatistik ist. Diese Repräsentation ist verbreitet; sie findet sich in der überregionalen Presse, in Reden der Bundeskanzlerin Angela Merkel wie auch in Äußerungen der Ministerpräsidenten Brandenburgs und Sachsens (Beurskens/Miggelbrink/Creutziger 2016) sowie in parteipolitischen Äußerungen. Verbunden ist die Feststellung der Existenz von Grenzkriminalität in der Regel mit der Forderung, diesem kriminellen Geschehen Einhalt zu gebieten, indem die Sicherheit an den Grenzen (wieder) erhöht wird. Grenzkriminalität ist ein zentraler Topos um ein von außen herangetragenenes kriminelles Geschehen nicht nur zu markieren, sondern das „Ziehen einer Linie“ zu begründen (vgl. allgemein Andreas 2003). „Grenzkriminalität“ fungiert damit häufig als Antagonist der (europäischen) „Integration“: Sie markiert die Ambivalenz der Grenzlage, die sich darin äußert, „[d]ie Vorteile der Freizügigkeit am Sicherheitsempfinden der EU-Bürger [zu spiegeln] – an vorderster Stelle an dem der Grenzraumbewohner“ (Pudlat 2009:70).

Vier Aspekte interessieren uns dabei besonders:

- (1) Repräsentationen von Unsicherheiten in verschiedenen diskursiven Kontexten und Medien, z.B. in der regionalen und überregionalen Presse, in Programmen von regional aktiven Parteien sowie in Debatten und Argumentationen lokal ansässiger Akteure der Stadtverwaltungen, Sicherheitsorgane und Bewohnerinnen und Bewohner.
- (2) Erwartungen an und Begründungen von Sicherheitsmaßnahmen durch - Bewohner:innen der Grenzregion.
- (3) Skalarität von grenzsichernden Maßnahmen. Grenzsichernde Maßnahmen sind primär bundespolizeilich sowie zollrechtlich geregelt. Aus der rechtlichen Regelung resultiert praktisch jedoch nicht, dass grenzsichernde Maßnahmen eine allein nationalstaatliche Angelegenheit wären. Vielmehr sind eine Vielzahl legislativ, exekutiv und judikativ tätiger Instanzen involviert und sowohl tatsächliche wie auch zugeschriebene Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten überlagern sich.
- (4) Bedeutung emotionaler und affektiver Aspekte. Sicherheit berührt – weil es immer auch um das (individuelle) Empfinden von Sicherheit geht, emotionale und affektive Dimensionen, die einerseits auf der Ebene der Subjekte verankert sind, andererseits aber eingebettet sind in das, was in einer Gesellschaft als „unsicher“ und „bedrohend“ wahrgenommen wird. Insofern verstehen wir die Adressierung von Gefühlen in der Aushandlung der Notwendigkeit von Grenzsicherung als einen wesentlichen Zugangspunkt für das Verständnis von privatem Sicherheitsengagement.

Emotionen und Erwartungen an Grenzsicherheit

In diesem Kontext stellen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie nicht nur eine erhebliche Herausforderung an unsere aktuelle empirische Forschung dar, sie sind vor allem ein neues diskursiv erfasstes, praktisch-materielles „Ereignis“, durch das schon länger bestehende Logiken der Aushandlung von Überwachung und Kontrolle innerhalb des Schengenraums aktualisiert werden. Unsere empirischen Analysen zeigen, dass Wahrnehmungen von Unsicherheit und Bedrohung lange vor der Pandemie als argumentative Anker für politische Forderungen, aber auch für Kritik am staatlichen Handeln dienten.

Aus verschiedenen im Projekt ausgewerteten Materialien (Presseartikel, Lesekommentare zu Online-Artikeln regionaler Zeitungen und Parteiprogramme) konnten wir feststellen, dass

Emotionen eine große Bedeutung in der Thematik einnehmen. Dies zeigte sich unter anderem daran, dass vielfach mit Bezug auf das Sicherheitsgefühl der Bewohner:innen argumentiert wird und Ängste durch Verweise auf tatsächliche Kriminalitätslagen nicht aufgehoben werden können. Die Emotionalität lässt sich in zweifacher Weise beobachten: Zum einen wird eine emotionale Sprache angewandt, also mit entsprechenden Worten oder Betonungen etwas in einer Weise zum Ausdruck gebracht, die auf eine emotionale Erregung hinweist. Zum anderen wird vielfach auf einen eigenen oder bei anderen vermuteten emotionalen Zustand verwiesen, so zum Beispiel auf Gefühle des Allein-gelassen-seins vom Staat. Hieran knüpfen sich auch entsprechende Erwartungen an den Staat für ein stärkeres Engagement in der Sicherheitsherstellung in den peripheren, grenznahen Regionen zum Schutz vor Kriminalität, eine Forderung, die auch in der Politik mehrfach aufgegriffen und bestärkt wird. In beiden Fällen werden Emotionen und Politiken miteinander in Verbindung gebracht; im ersten Fall wird eine bestimmte Politik als verursachend präsentiert, im zweiten Fall werden Gefühle als etwas präsentiert, worauf Politik zu antworten habe.

COVID-19 und die Grenze

In den Alltag der Grenzregion schiebt sich, praktisch und diskursiv, das neue, gesundheitliche Risiko des Coronavirus. Als Reaktion auf die Wahrnehmung eines möglicherweise gravierenden epidemischen Ereignisses und der damit einhergehenden Risiken reagieren zahlreiche Staaten in kürzester Zeit mit Grenzschließungen. Auch dieses Ereignis wird über verschiedene und ambivalente Repräsentationen verhandelt. Es kann ebenso als äußerer Zwang zur temporären Unterbrechung gelesen werden wie als Bestätigung für eine dem pandemischen Ereignis vorausgehende (und keineswegs notwendigerweise einer Präventionslogik folgenden) Forderung nach nationaler Abgrenzung.

Wie auch an anderen innereuropäischen Grenzen stellen die Corona-bedingten Grenzschließungen bzw. strengen Mobilitätsbeschränkungen und Auflagen zunächst eine große Herausforderung nicht nur entlang der Grenzübergänge an sich, sondern auch im Alltag der Bewohner:innen grenznaher Regionen dar. Teils machen die Schließungen nachdrücklich sichtbar, dass mittlerweile vielerorts ein transnationaler Alltag entstanden ist, der nun zerrissen wird. Deutschland führt Ende März Grenzkontrollen ein und beschränkt die Ein- und Ausreise auf Reisen mit Nachweis triftiger Gründe. Dazu gehören zunächst Berufspendeln und Dienstreisen; ab April gelten auch für Saisonarbeiten Ausnahmenⁱ. Die Grenzregulierungen Polens in der Corona-Krise zeigen ebenfalls deutliche Einschränkungen für den Alltag an der Grenze. Auch in diese Richtung sind Reisen nur in Ausnahmefällen möglich, zusätzlich müssen sich alle Personen direkt nach der Einreise in eine 14-tägige Quarantäne begeben, Ausnahmen von der Quarantäne gelten nur für Fahrer:innen im Personen- und Güterverkehrⁱⁱ. Infolge dieser Regelungen sind Arbeitnehmer:innen polnischer Herkunft auf der deutschen Seite gezwungen, an ihren Arbeitsorten auf ungewisse Zeit Quartiere zu suchen und auf ein Wiedersehen mit ihren Familien in Polen vorerst zu verzichtenⁱⁱⁱ. In ganz neuer Weise wird deutlich, wie weit die Integration fortgeschritten war. Abhängigkeiten im medizinischen Bereich wie auch im Pflegebereich und anderen Teil-Arbeitsmärkten wie Bau oder Saisonarbeit, aber auch im verflochtenen Alltag von zum Beispiel Studierenden und Schüler:innen führen vielerorts zu starken Protesten gegen die Grenzschließungen^{iv}.

Es gibt aber auch verstärkte Forderungen nach nationaler Abgrenzung. Nicht nur an der deutsch-polnischen Grenze, auch in anderen Kontexten weltweit wird die mit der Corona-Pandemie verbundene stärkere Bezugnahme auf nationale Denkmuster beobachtet (Shachar 2020; Casaglia et al. 2020). In einer Situation, in der Unsicherheit und Ungewissheit täglich

erfahren werden, wird mit der Forderung nach nationaler Souveränität und Abschottung vielfach die Hoffnung auf einen Rückgewinn an Kontrolle verbunden.

Daraus können neue Fragen abgeleitet werden: Welche neuen Unsicherheiten bestehen in grenznahen Regionen und wie sind durch die Corona-Krise neue Ankerpunkte für Argumentationen entstanden? Welche raumbezogenen Narrationen und Imaginationen finden in grenzbezogenen Diskursen in dieser Zeit Bedeutung? Auch methodisch fordert uns die Pandemie heraus – nicht nur als Einschnitt in die eigentlich geplante Feldforschung, sondern auch als Möglichkeit, gerade jetzt Bezüge in der Politischen Geographie klarer und auf anderen Wegen zu erfassen. Wie hilft uns die Krise eventuell sogar, einige Facetten genauer zu erkennen? Was offenbart sich neu und welche andersartigen Reflektionen und Zugänge sind in Zeiten von Lockdown und virtueller Kommunikation möglich?

Eines ist sicher: Ob und, wenn ja, *wie* die temporären Schließungen von nationalen Grenzen in der Corona-Pandemie langfristig zu neuen Unsicherheiten, zu einer neuartigen Volatilität von Grenzziehungen im Spannungsfeld von Integration und Abgrenzung führen könnten, wird für uns in der Zukunft eine wichtige Frage der Grenzforschung sein.

Literaturverzeichnis

- ANDREAS, Peter (2003): Redrawing the Line. Borders and Security in the Twenty-first Century. In: *International Security* 28 (2), S. 78-111.
- BEURSKENS, Kristine / MIGGELBRINK, Judith (2020): Geographien der Unsicherheit. Bürgerwehren an der ostdeutschen EU-Binnengrenze. In: Matthias Naumann / Sören Becker (Hg.). *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*. Berlin: Springer Berlin; Springer Spektrum, (im Druck).
- BEURSKENS, Kristine / MIGGELBRINK, Judith / CREUTZIGER, Christoph (2016): Securitisation from below? Civil engagement within processes of bordering in internal EU borderlands. In: Ulrike Grabski-Kieron / Ingo Mose / Anja Reichert-Schick / Annett Steinführer (Hg.). *European rural peripheries revalued: governance, actors, impact*. Berlin et al.: LIT-Verlag, S. 172-197.
- CASAGLIA, Anna / COLETTI, Raffaella / LIZOTTE, Christopher / AGNEW, John / MAMADOUH, Virginie / MINCA, Claudio (2020): Interventions on European nationalist populism and bordering in time of emergencies. In: *Political Geography* 82, S. 1-9
- HORNUNG, Marcus (2012): Auf den Spuren unerwünschter Freizügigkeit. Grenzkriminalität an der sächsisch-tschechischen Grenze. In: Stefan Garsztecki / Christoph Waack / Ilona Scherm (Hg.). *Regionale Identität und transnationale Räume in Ostmitteleuropa*. Dresden: Thelem, S. 97-114.
- SHACHAR, Ayelet (2020): Borders in the time of COVID-19. In: *Ethics & International Affairs: EIA online exclusive*, <https://www.ethicsandinternationalaffairs.org/2020/borders-in-the-time-of-covid-19/> (Zugriff am 31.08.2020)

ⁱ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/bevoelkerungsschutz/coronavirus/coronavirus-faqs.html;jsessionid=9697BDF0F5D346AF9C847BA59676B7CF.2_cid295#doc13738352bodyText3 (Zugriff am 22.05.2020)

ⁱⁱ <https://polen.diplo.de/pl-de/04-news/-/2314358> (Zugriff am 22.05.2020)

ⁱⁱⁱ https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/panorama/coronavirus/beitraege_neu/2020/05/polen-berufspendler-deutsch-polnische-grenze-corona-genrkontrollen-medizinische-berufe-pendler.html (Zugriff am 04.05.2020)

^{iv} <https://www.lr-online.de/lausitz/guben/grenzen-dicht-wegen-coronavirus-deutsche-und-polen-wollen-an-der-neisse-demonstrieren-45588975.html> (Zugriff am 20.04.2020)